

ISRAEL

Shalom aus der Reserve

Die israelische Friedensbewegung ist wieder erwacht. Eine Kampagne von streikenden Reserve-Offizieren sorgt ebenfalls für Aufregung.

"Die Besetzung tötet uns alle!" Unter diesem Slogan versammelten sich am 9. Februar 10 000 Menschen vor dem Tel Aviv Museum. Die Beteiligung an der Friedensdemonstration übertraf die kühnsten Erwartungen der OrganisatorInnen. Aufgerufen hatte eine Koalition verschiedener Gruppen aus dem linken Flügel der Friedensbewegung, darunter Gush Shalom und die Frauenkoalition für den Frieden.

Dass eine Friedensdemonstration mehrere Tausend Menschen auf die Straße bringen konnte, ist schon an sich erstaunlich. Seit dem Ausbruch der zweiten Intifada freute man sich schon über Aktionen, an denen sich ein paar Hundert Personen beteiligten. Erstaunlich ist aber vor allem der Umstand, dass eine Demonstration linker Gruppen so erfolgreich war. Dass sich 10.000 Menschen hinter Parolen versammelten, die bis vor kurzem die Forderungen einer verschwindend kleinen Minderheit ausdrückten, deutet auf einen Umschwung in der öffentlichen Meinung in Israel hin. Genau eine Woche später, am vergangenen Samstag, mobilisierte ein Bündnis verschiedener Gruppen noch einmal mindestens 15.000 Menschen zu einer Demonstration in Tel Aviv, dieses Mal mit der Forderung: "Raus aus den besetzten Gebieten - zurück zu uns selbst!" Organisiert hatten diese Kundgebung unter anderem Shalom Achshav (Frieden jetzt), die Parteien Meretz und Habachira Hademokratit (Demokratische Wahl) sowie eine Gruppe linker Mitglieder der Arbeitspartei Avoda.

Auch die Zeitung Ha'aretz stellte sich am Freitag in ihrem Editorial entschieden auf die Seite der Friedensbewegung. In bislang ungekannter Schärfe verurteilte das Blatt die Besetzung und Besiedlung der Westbank und des Gaza-Streifens: "Die Besetzung beeinträchtigt nicht nur die Fähigkeit des souveränen Staates, sich selbst zu verteidigen, und sie untergräbt nicht nur sein Ansehen in den Augen der Welt, sondern sie spaltet auch die israelische Gesellschaft. Sie behindert ihre Entwicklung und sät Gewalt und Hass in ihrem Innern."

Reserve-Offiziere in der Friedensbewegung

Einen wesentlichen Anstoß hat diese neu erwachte Friedensbewegung von einem offenen Brief erhalten, in dem vor etwa drei Wochen einige Offiziere der Reserve ihre Weigerung erklärten, Dienst in den besetzten Gebieten zu tun. Die Besetzung, heißt es in diesem Brief, habe "alle Werte zerstört, mit denen wir in diesem Land aufgewachsen sind".

Inzwischen hat sich daraus eine Kampagne entwickelt, der sich mehrere Hundert Soldaten, Reservisten und zukünftige Wehrpflichtige angeschlossen haben und die in den Medien für zunehmende Furore sorgt. Die Reservisten standen auch im Zentrum der Aufmerksamkeit während der Demonstration am 9. Februar. Drei von ihnen konnten als Redner für die Kundgebung gewonnen werden. Dieser Umstand sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Reservisten



Jerusalem, diesen letzten Dienstag: Palästinensische und israelische Friedensaktivisten versuchen die Blockade der israelischen Polizei zum West-Teil der Stadt zu durchbrechen. (Foto: epa)

eine gänzlich andere Strategie verfolgen als die Organisatoren der Demo. Die Unterzeichner des offenen Briefes haben zum großen Teil einen religiösen oder konservativen, mindestens aber zionistischen Hintergrund, mit dem sie ihren Protest auch explizit begründen.

Sie wollen vor allem innerhalb der israelischen Gesellschaft eine Diskussion ankurbeln. Im Gegensatz zu anderen Friedensdemonstranten versuchen sie nicht, die Weltöffentlichkeit gegen Israel zu mobilisieren. Aus dem Grund weigern sich die Reservisten, ausländischen Medien Interviews zu geben. Vielleicht ist es gerade diese Strategie, die sie für das militärische Establishment Israels zu einer ernsten Bedrohung werden lässt. Denn der Friedensbewegung gelang es zwar, während der Intifada die Kritik an der Besatzungspolitik gegen einen weitgehenden nationalen Konsens aufrecht zu erhalten. Entscheidend für einen Umschwung ist es jedoch, die Basis für einen neuen Dialog mit Palästinensern in der ganzen Gesellschaft zu schaffen.

Innerhalb der Friedensbewegung stehen sich noch andere Argumente gegenüber: Der gemäßigte Flügel vertritt die Ansicht, dass die Besetzung und die Politik der Regierung Sharon die gesellschaftliche Stabilität, die jüdische Identität und vor allem das Leben in der Bevölkerung Israels weit mehr bedroht als die Intifada. In der Linken ist hingegen zum Teil der Ruf nach einer internationalen Intervention zu hören.

Auch auf palästinensischer Seite gibt es mittlerweile Stimmen, die diese Problema-

tik erkennen. Der Parlamentsvorsitzende Abu Ala erklärte am Freitag in einem Interview des palästinensischen Fernsehens, dass Fehler der Palästinenser zum Niedergang der israelischen Friedensbewegung beigetragen hätten. Nun müsse es darum gehen, in der israelischen Bevölkerung den Glauben wiederherzustellen, dass ein Frieden mit den Palästinensern möglich ist.

Einen ersten Schritt dazu machte der Repräsentant der Autonomiebehörde in Jerusalem, Sari Nusseibeh, der während der Friedensdemonstration am vergangenen Samstag als Redner auftrat. Er war bereits früher mit der Mahnung an die Öffentlichkeit getreten, die Palästinenser müssten die Ängste der Israelis berücksichtigen und deshalb zu weitreichenden Zugeständnissen etwa hinsichtlich des Rückkehrrechtes bereit sein.

Kreative Formen des Widerstands

Noch gelten solche Positionen auf palästinensischer Seite als Sakrileg. Als Nusseibeh vor palästinensischem Publikum den Abschied vom Recht auf Rückkehr nach Israel forderte, reichten die Reaktionen von Rücktrittsforderungen bis zu Morddrohungen. Die fortdauernde Zusammenarbeit der Autonomiebehörde mit den Islamisten und anderen radikalen Gruppen ist ebenfalls wenig dazu geeignet, das Vertrauen der Israelis in den Friedensprozess zu erneuern.

Allerdings scheint auch hier die Überzeugung langsam Raum zu gewinnen, dass der bewaffnete Kampf gegen die Israelis nicht die Lösung

ist. Edward Said forderte Anfang Februar in einem Artikel der englischsprachigen Ausgabe von Al-Ahram, die Palästinenser sollten diesen sinnlosen Kampf aufgeben und "kreative" Formen des Widerstandes finden. Unter Bezugnahme auf die Kampagne der Reservisten verlangte er vor allem die Zusammenarbeit mit der israelischen Friedensbewegung: "Ohne eine Identifikation und Zusammenarbeit mit dem israelischen Widerstand gegen die israelische Besetzung werden wir weiter auf der Stelle treten."

Auch in Israel ist die Forderung, mit den Palästinensern zu verhandeln und die Besetzung zu beenden, noch immer das Anliegen einer Minderheit. Doch gerade vor dem Hintergrund der katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung, die ja nicht zuletzt eine Folge des Konfliktes ist, erkennen hier immer mehr Menschen in der Besetzung eine schwerwiegende Bedrohung der israelischen Gesellschaft.

Stefan Vogt

Le Grand Débat de la Coopération: Les relations Nord-Sud et la Guerre contre le Terrorisme

Jeudi, le 14 mars 2002 à 20.00

La salle BC 0.03 du Centre Universitaire - Limpertsberg

Les défis du 11 septembre 2001: Réponses économiques ou militaires?

Charles Goerens

Ministre de la Coopération, de l'Action Humanitaire et de la Différence

Bernard Adam

Directeur du GRIF (Groupe de Recherche et d'Information sur la Paix et la Sécurité)

Raoul Marc Jennar

Chercheur auprès de Oxfam-Solidarité et de Urfig (Unité de Recherche, de Formation et d'Information sur la Globalisation)

Le débat sera animé par **Marc Ehinger**, Action Solidarité Tiers Monde

Après le 11 septembre 2001, de nombreux voeux se sont fait jour, surtout en Europe, pour faire valoir que le régime au terrorisme devrait aussi, et même avant tout, être économique. La conférence de l'OMC à Doha en novembre 2001 aurait pu fournir l'occasion pour annoncer un changement dans les règles du commerce international avec l'objectif de réduire le fossé qui sépare le Sud du Nord. L'Union Européenne a-t-elle suivi l'occasion pour le faire?

A l'inverse, il semble bien qu'une logique essentiellement militaire l'emporte, surtout de la part des Etats-Unis. A quel point une telle approche? Comment l'Europe peut-elle se positionner ultérieurement par rapport à son "partenaire" américain? Quelles idées non militaires pour les amis de l'UE?

L'UE se voit le champion des droits de l'homme et de la cohérence des politiques. Les orientations ainsi proclamées se traduiront-elles dans les actes quand il s'agit des relations économiques avec les pays du Sud et de la lutte contre le terrorisme?

organisé par Action Solidarité Tiers Monde avec le soutien de la revue Forum